

Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2025

Sitzung des Gemeinderates am 18. März 2025

**Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,**

wir stehen heute vor einer der herausforderndsten Entscheidungen für unsere Gemeinde – der Verabschiedung des Haushaltsplans 2025. Dieser Haushalt ist in vielerlei Hinsicht ein Übergangshaushalt, ein Haushalt, der von zahlreichen Unbekannten geprägt ist. Doch zugleich gibt er die Richtung für unsere künftige Entwicklung vor und bestimmt, wie wir in den nächsten Jahren handlungsfähig bleiben.

Es zeichnet sich deutlich ab, das wir auch weiterhin mit steigenden Belastungen und begrenzten finanziellen Spielräumen konfrontiert sind. So ist uns die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltes für 2025 nur gelungen, in dem wir für den Ausgleich im Ergebnishaushalt auf die Überschussrücklage und für die liquide Absicherung im Finanzhaushalt auf liquide Rücklagen aus Vorjahren zurückgreifen. Die entscheidenden Fragen lauten:

- Wie können wir unsere Gemeinde finanziell so aufstellen, dass wir auch zukünftig ausgeglichene und liquide abgesicherte Haushalte mit entsprechenden Gestaltungsspielraum präsentieren können?
- Welche Leistungen können wir weiterhin in vollem Umfang erbringen, welche müssen angepasst oder gar reduziert werden?
- Wie begegnen wir den immer weiter steigenden Ausgaben, ohne unsere Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig stark zu belasten?

Diese Fragen sind nicht neu, aber sie drängen sich in der aktuellen Situation mit zunehmender Dringlichkeit auf.

1. Die Ausgangslage: Ein strukturelles Defizit und steigende Belastungen

Unser Haushalt ist geprägt von einem nicht unerheblichen strukturellen Defizit. Gleichzeitig stehen wir vor großen Investitionsanforderungen, die finanziert werden müssen, jedoch in Anbetracht unserer Finanz- und Personalsituation nur schwer realisiert werden können.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits systematische Kürzungen vorgenommen, um die finanzielle Stabilität der Gemeinde zu sichern. Doch der Spielraum für weitere Kürzungen ist stark begrenzt. Die Einsparpotenziale verteilen sich auf immer weniger Positionen, sodass selbst drastische Maßnahmen kaum mehr eine signifikante Entlastung des Haushalts bewirken können.

Zudem ist es eine bekannte Tatsache, dass unsere Einnahmen erfreulicherweise auf einem hohen Niveau sind, aber die Aufwendungen überproportional steigen bzw. voraussichtlich steigen werden. Besonders zu nennen sind hier:

- **Die Kreisumlage**, deren geplante Erhöhung aufgrund von gemeinsamen, gemeindlichen Bemühungen für das Haushaltsjahr 2025 noch einmal abgewendet werden konnte, die der Landkreis für die Zukunft deutlich anheben möchte, wodurch unsere finanziellen Spielräume weiter eingeschränkt würden.
- **Die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst**, die zusätzliche Mehraufwendungen nach sich ziehen und unsere Personalkosten weiter steigen lassen.
- **Die wachsenden infrastrukturellen Anforderungen**, insbesondere im Bereich der Schulen, der Straßenunterhaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge.

Selbst die bisher mühsam erarbeiteten Einsparungen werden dadurch nicht nur aufgezehrt, sondern der Haushalt gerät insgesamt weiter unter Druck. Es hilft daher nicht, immer wieder nur kurzfristige Lösungen zu suchen – wir müssen uns weiterhin einer grundsätzlichen und nachhaltigen Debatte über die finanzielle Zukunft unserer Gemeinde stellen.

Klar ist aber auch: **Die Ursachen unserer Finanzprobleme liegen nicht bei uns.** Ein Großteil der Kommunen in Niedersachsen haben die gleichen Sorgen. Wie benötigen eine viel größere Unterstützung durch Bund und Land, wenn sie neue Rechtsansprüche formulieren. Es kann nicht sein, dass die Gemeinden für kostspielige Beschlüsse anderer politischer Ebenen, wie z.B. der Einführung der verpflichtenden Ganztagschule auf Landesebene, aufkommen müssen und damit alleine gelassen werden. Wer bestellt – bezahlt, das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Kommt es hier zu keinen politischen Veränderungen, steht perspektivisch der finanzielle Kollaps der Kommunen bevor.

2. Investitionen: Notwendigkeit versus Machbarkeit

Trotz unserer schwierigen Haushaltslage gibt es Investitionen, die zwingend notwendig sind. Ich denke hierbei an den Um- bzw. Neubau unserer Feuerwehrrhäuser, beginnend mit Hahn und Ipwege-Wahnbek. Erst letzten Samstag haben wir uns Feuerwehrrhäuser in der Gemeinde Friedeburg angeschaut, um uns über sinnvolle Lösungen, die sowohl den Ansprüchen der Feuerwehrkameraden, als auch den wirtschaftlichen Sachzwängen gerecht werden zu informieren. Große Investitionen tätigen wir auch beim Erweiterungs- bzw. Neubau von Kindertagesstätten in Loy und Kleibrok. Dies sind absolut sinnvolle Investitionen, die wir jetzt umsetzen müssen, um auch unserer Verantwortung für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der zukünftigen Generation gerecht zu werden.

Unser Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2025 und die kommenden Jahre umfasst zudem die Bereiche:

- **Bildung und Betreuung:** Der Ausbau von Schulen ist keine Option, sondern eine Pflichtaufgabe. Der Ganztagsausbau und die damit einhergehenden, steigenden Bedarfe erfordern Investitionen über mehrere Jahre hinweg, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden.
- **Infrastruktur:** Wir haben einen massiven Sanierungsstau in der Straßenunterhaltung und der Abwasserentsorgung. Ein weiteres Hinauszögern

von Sanierungsmaßnahmen wird langfristig teurer und gefährdet die Qualität der öffentlichen Infrastruktur.

- **Wirtschaftsförderung:** Die Entwicklung von Gewerbeflächen und die Förderung der digitalen Infrastruktur sind essenziell für die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde.
- **Öffentliche Sicherheit:** Investitionen in Feuerwehr, Katastrophenschutz und moderne Ausrüstung sind notwendig, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.
- **Kultur und Sport:** Maßnahmen rund um das Palais und die Förderung des Sports sind ebenfalls Teil unserer Planungen.

Doch so notwendig diese Maßnahmen auch sind – wir müssen uns die Frage stellen, **ob und in welchem Umfang wir sie noch leisten können und auch wann wir uns einzelne Maßnahmen leisten können.**

3. Verwaltung und Personalsituation: Wachsende Herausforderungen

Neben den finanziellen Fragen müssen wir auch die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Verwaltung betrachten. Die Personalentwicklung der kommenden fünf Jahre zeigt, dass die Aufrechterhaltung der notwendigen Personalausstattung immer schwieriger wird.

- Ein beträchtlicher Teil unserer Mitarbeitenden wird in den kommenden Jahren altersbedingt ausscheiden.
- Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst macht es zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zu gewinnen.
- Die Arbeitsbelastung für die bestehenden Beschäftigten nimmt stetig zu.

Dies ist ein ernstzunehmendes Problem, denn ohne ausreichendes und qualifiziertes Personal können selbst die notwendigen Investitionsmaßnahmen nicht umgesetzt werden. Die Digitalisierung wird zwar oft als Lösung genannt, doch die Realität dürfen wir dabei nicht ausblenden:

- Digitalisierung erfordert **zunächst erhebliche Investitionen** in Technik, Schulung und Anpassung von Arbeitsprozessen sowie die Bereitstellung von Personalkapazitäten.
- Erst mittelfristig können durch digitale Prozesse Entlastungen entstehen – kurzfristig jedoch steigen die Kosten, bevor es langfristig Einsparungen geben wird.
- Ein umfassendes Konzept zur Digitalisierung unserer Verwaltung ist in Arbeit.

4. Wir stehen vor der Wahl: Konsolidierung oder Mangelverwaltung?

Wir stehen nun vor einer grundlegenden Entscheidung:

1. **Wollen wir eine ernsthafte und nachhaltige Konsolidierung unseres Haushalts vornehmen?**

- Das bedeutet, bestehende Strukturen und freiwillige Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, weit hinausgehend über die bisherigen Ergebnisse.
 - Es bedeutet aber auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen und mutig neue Wege zu gehen, dazu gehören weitergehende Ausgabenreduzierungen und Einnahmeverbesserungen.
- 2. Oder entscheiden wir uns für eine fortschreitende Mangelverwaltung?**
- Das würde bedeuten, dass wir immer wieder Flickschusterei betreiben, die uns zwar kurzfristig Luft verschaffen, aber keine nachhaltigen Lösungen erzeugen.
 - Die Infrastruktur würde weiter verschleifen, das Leistungsangebot schrumpfen, und die Unzufriedenheit bei Bürgerinnen und Bürgern zunehmen.

Meine Damen und Herren,

5. Die Aufgabe lautet: Verantwortung übernehmen – für die Zukunft unserer Gemeinde

Die heutige Haushaltsverabschiedung ist keine reine Formsache. Sie sendet viele wichtige Impulse für eine positive Entwicklung unserer Gemeinde.

- Sind wir bereit, nachhaltige Entscheidungen zu treffen?
- Wollen wir eine langfristige Konsolidierung oder verschieben wir die Probleme nur weiter?
- Sind wir uns bewusst, dass eine Fortsetzung der Mangelverwaltung schwerwiegende Folgen für die Attraktivität unserer Gemeinde hat?

Jede Entscheidung, die wir heute treffen oder nicht treffen, wird spürbare Auswirkungen haben – für die Verwaltung, für die Bürgerinnen und Bürger und für die politische Landschaft.

Nicht zuletzt sollten wir bedenken, dass die Kommunalwahl 2026 vor der Tür steht. Die Wählerinnen und Wähler werden genau beobachten, wie wir mit dieser Verantwortung umgehen. Auch in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2026 werden wir gemeinsam viele unbequeme und harte Entscheidungen treffen müssen. Sind wir bereit nachhaltige Entscheidungen zu treffen? Sind wir bereit eine langfristige Konsolidierung anzugehen? Wie schaffen wir es Wegzukommen von einer Mangelverwaltung, um schwerwiegende Folgen für die Attraktivität unserer Gemeinde zu verhindern.

Sie merken, wir als Kommune stehen heute und zukünftig vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Lassen sie uns heute den ersten Schritt mit der Verabschiedung des Haushalts gehen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine konstruktive und sachliche Haushaltsdebatte.

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort